



Nummer 8 | Juni 2016

Liebe Leserinnen und Leser,

über reichlich Besuch aus dem Wahlkreis konnte ich mich in der zurückliegenden Sitzungswoche freuen: So schauten insgesamt 320 Schüler zum Abschluss des Schuljahres bei mir in Berlin vorbei.

Zu den Besuchern zählten unter anderem: Elsa Blakcori aus Brake, die am Planspiel „Jugend und Parlament“ teilnahm,

die „ausgezeichneten“ Schüler vom Redaktionsteam „Aber Hallo“ der Oberschule I Nordenham oder gar die kleine „Feier“ über den Dächern Berlins für meinen Kreistagskollegen Wolfgang Sasse, der 70 Jahre alt wurde.

Auch bei den weiteren Beiträgen in der aktuellen NAG werden Sie merken: Ich bin trotz zweier

hintereinanderliegender Sitzungswochen immer „ganz nah“ am Wahlkreis dran.

Herzliche Grüße und viel Spaß beim Lesen

Jhwe

Astrid Grotelueschen

Politik live in Berlin erleben

Mitgestalten und verändern kann man nur, wenn man selbst aktiv wird und sich in die Gemeinschaft einbinden lässt, das gilt auch im politischen Geschäft. Über Interesse von Menschen an der Politik freue ich mich daher sehr und unterstütze es, wo ich nur kann. So habe ich in den zurückliegenden Monaten acht Jugendliche – für mehr als ein Jahr – unter meine Fittiche genommen, von denen sich sechs zu einer Kandidatur zur Kommunalwahl entschieden haben.

Gerne bin ich auch Patin für das Parlamentarische-Patenschafts-Programm, kurz PPP. Über dieses Austauschprogramm ist zur Zeit die 19-jährige Madeleine Flomstaab aus dem US-Bundesstaat Minnesota für ein Jahr Gast in der Familie Giebel in Hundsmühlen. Vor kurzem hat „Maddie“ mich auch in Berlin besucht (Foto).

Mein PPP-Patenkind aus Deutschland in den USA ist derzeit Katrin



Mit Maddie in Berlin. Bild: privat

von Seggern aus Lemwerder, und Dennis Kirsch aus Wardenburg wird im August dieses Jahres per PPP für ein Jahr in die USA reisen. Übrigens laufen die Bewerbungszeiten für das kommende Austauschjahr 2017/18 schon. Wer

möchte, sollte sich umgehend in meinen Büros informieren.

Gerne lasse ich mir in den Bürgerbüros oder in Berlin von jungen, interessierten Menschen über die Schulter gucken. Derzeit unterstützt mich David Zlotos aus Hundsmühlen für drei Monate als Praktikant im Bundestag. Seine Erfahrungen schildert er in dieser NAG auf Seite 3.

Allgemein freue ich mich immer wieder über die vielen Besuche, die ich in Berlin erhalte. Gerade in den vergangenen Wochen waren viele Schulklassen bei mir. Wir organisieren gerne einen Besuch im Reichstag und im Plenarsaal, und das nicht nur für Schulklassen: Es gibt organisierte Fahrten für alle interessierten Bürger. Jüngst war beispielsweise die SU Großenkneten zu Gast. Wenn Interesse daran besteht, Politik live in Berlin zu erleben - ob als Stipendiat, Praktikant oder Besucher - melden Sie sich bitte. Ich freue mich auf Sie.

Windkraft & Co — Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes

Wir erfüllen sie bereits, unsere vorbildlich gesteckten Ziele bei der Produktion von Strom aus regenerativen Energien. Sonne, Wind und Biomasse liefern bereits ein Drittel (32,5 %) vom Strom-Mix. Bis 2025 sollen es 40 bis 45 Prozent sein. Zum Vergleich: Zur Jahrtausendwende waren es noch sieben Prozent. Aber es hat seinen Preis. Eine vierköpfige Familie zahlt inzwischen ca. 200 Euro jährlich - nur für die EEG-Umlage. Auch Unternehmen klagen über zunehmende Wettbewerbsverzerrung durch hohe Strompreise am Standort Deutschland. Würde die bisherige Förderkulisse unverändert bleiben, könnten, so eine Prognose, die Gesamtkosten des Erneuerbare-Energien-Gesetzes von 24,8 Mrd. Euro in 2016 auf 32 Mrd. steigen.

Deshalb wird derzeit die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes vorbereitet mit dem klaren Ziel, dass sich regenerative Energien dem Markt stellen müssen. Mehr Wettbewerb, Begrenzung der Kosten und Akteursvielfalt auf der Anbieterseite sowie eine bessere Verzahnung von Produktion mit dem Netzausbau sind die wesentlichen Eckpunkte. Ein konkreter Entwurf aus dem Wirtschaftsministeriums sieht vor, den Windenergieausbau in Norddeutschland an Land zu begrenzen bis ausreichende Netzkapazitäten bereitstehen. Zu diesem Zweck soll die Bundesnetzagentur für die On-shore-Windkraft sogenannte Engpassgebiete festlegen, in denen der Zubau auf 58 Prozent des durchschnittlichen Zubaus der Jahre 2013 bis 2015 begrenzt wird. Der Rest wird auf die übrigen Regionen in Deutschland verteilt. Als jährliche Ausschreibungsmenge sind 2800 Megawatt brutto von 2017 bis 2019 vorgesehen, danach 2900 Megawatt. Das entspricht etwa 600 bis 800 Windkraftanlagen, das Repowering miteinberechnet.

Was im Gesetzentwurf noch fehlt, ist ein vergleichbarer Mechanismus für Windkraft an See, denn diese Energie muss ja auch vom Norden in den Süden transportiert werden. Hier ist zwar ein Systemwechsel geplant, aber erst für 2025. Ich bin mir daher sicher, dass dieser Punkt in den kommenden Wochen kontrovers diskutiert wird. Bereits bei der EEG-Novelle 2014 wurde entschieden, durch Ausschreibungen mehr Marktnähe und Wettbewerb zu schaffen. Die gravierendste Änderung im jetzigen Entwurf: Nur die Anbieter, die die geringste Förderung verlangen, erhalten künftig den Zuschlag.

Für kleinere Anlagen soll das bisherige System, nach dem Ökostrom-Betreiber für ihren Strom 20 Jahre lang einen festgelegten Garantiepriese erhalten, aber weiter gelten. Und auch für Bürgerenergiegesellschaften gelten erleichterte Bedingungen. So liegt die Bagatellgrenze bei Biomasseanlagen bei 150 Kilowatt. Ab dieser Menge können sich Neu- und Bestandsanlagen für die Jahre 2017 bis 2019 an der Ausschreibung beteiligen. In den Folgejahren 2020 bis 2022 werden jeweils 200 Megawatt ausgeschrieben. Das gilt nicht für Altholz- und Schwarzlaugenanlagen. Für diese soll es aber eine Anschlussförderung von 10 Jahren über gesetzlich festgelegte degressive Vergütungssätze geben.

Beim EEG wird deutlich: Es ist nicht leicht, die unterschiedlichen Interessen auszuloten: Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Klimaschutz müssen sinnvoll abgewogen werden. Unbestritten ist auch, dass der notwendige Leitungsausbau schneller umgesetzt werden muss. Neue Stromtrassen oder auch zusätzliche Umspannwerke müssen aber auch umweltverträglich geplant werden. Auch hier kennen wir die berechtigten

Diskussionen im Wahlkreis von Betroffenen, die sich z.B. größere Strecken Erdverkabelung wünschen. Fakt ist leider, dass wir in Niedersachsen vom notwendigen Leitungsnetz noch keinen einzigen Kilometer realisiert haben. Hier gilt es, die rot-grüne Landesregierung zu stellen. Interessanterweise forderte Wirtschaftsminister Gabriel im Frühjahr seine niedersächsischen Kollegen Wenzel und Meyer auf, nicht länger als „Bremsklotz“ zu agieren. Ich bin gespannt, ob dies Wirkung zeigt. Der Gesetzentwurf wird nun Bundestag und Bundesrat zugeleitet. Ziel ist ein Abschluss des parlamentarischen Verfahrens vor der Sommerpause, damit die Reform zum 1. Januar 2017 in Kraft treten kann.

Daten und Fakten

Mehr Bildungsaufsteiger

Wissenschaftler des IW Köln kritisieren insbesondere die Methodik und Ergebnisse des jüngsten OECD-Bildungsberichts, wonach es in Deutschland 2012 mehr Bildungsaufsteiger (mit niedrigerem Bildungsstand als die Eltern) als -aufsteiger gegeben haben soll. Anstatt den Elternteil mit dem höchsten Bildungsabschluss als Referenz heranzuziehen, solle der durchschnittliche Bildungsstand beider Elternteile betrachtet werden. So durchgeführte Berechnungen ergeben, dass im Jahr 2012 41,4 Prozent der 30- bis 40-Jährigen als Bildungsaufsteiger, 17,9 Prozent als Bildungsabsteiger zu klassifizieren sind. Die im Vergleich zu anderen europäischen Staaten geringe Differenz zwischen Bildungsauf- und -absteigern führen sie auf das generell höhere Bildungsniveau in Deutschland zurück, das weitere Aufstiege schwieriger mache. Gleichzeitig sei es gerade in Deutschland möglich, mit einem mittleren Bildungsabschluss gute Beschäftigungs- und Einkommenschancen zu haben.

(Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung)

Mein Praktikum im Berliner Büro

Unpolitisch — ein Wort, das häufig im Zusammenhang mit der „jüngeren Generation“ fällt. Politikverdrossenheit — noch so ein Wort, das benutzt wird, um „die Stimmung der Bürger“ zu beschreiben, aber in seinem Kern auf „die da oben“ abzielt. „Anpacken und Verantwortung übernehmen. Das muss die Antwort darauf sein“, meine ich, David Zlotos. Seit Ende Mai absolviere ich ein dreimonatiges Praktikum im Berliner Abgeordneten-Büro von Astrid Grotelüschchen. „Junge Leute, die sich für Politik interessieren, sind mir immer willkommen“, sagte sie schon beim ersten Gespräch mit mir.

Nach dem Studium der Betriebswirtschaft und der internationalen Beziehungen war es die bürgernahe, zupackende Art von Astrid Grotelüschchen, die für mich keinen Zweifel ließ, die bundespolitische Praxis im Berliner Büro „meiner“ Abgeordneten kennenlernen zu wollen. Beson-



Praktikant und Autor dieses Beitrags: David Zlotos Bild: privat

ders imponiert hat mir die hohe Arbeitsdisziplin, die Frau Grotelüschchen an den Tag legt. Sowohl als Mitglied in den Ausschüssen für Wirtschaft und Energie und Ange-

legenheiten der EU als auch als Vorsitzende des Unterausschusses für Regionale Wirtschaftsförderung ermöglicht Frau Grotelüschchen mir Einblicke in den Berliner Politikbetrieb — ohne einen Zweifel daran zu lassen, dass „der Wahlkreis immer an erster Stelle steht“, wie sie deutlich betont.

Dies ist die Praxis von „anpacken und Verantwortung übernehmen“, die mir als 28-Jährigen über mein Praktikum hinaus als berufliches Vorbild dient

In diesem Sinne ein herzliches „Moin!“ aus Berlin

David Zlotos

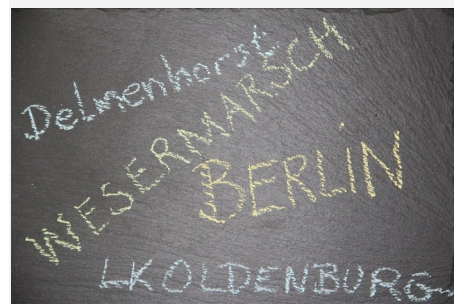
Einladung zum Fachgespräch

Neue wissenschaftliche Erkenntnisse zeigen, dass die ersten 1000 Tage im Leben eines Kindes für seine spätere Gesundheit und Entwicklung entscheidend sind. Deshalb müssen die Weichen für eine gute Entwicklung früh gestellt werden — mit Information und Aufklärung der Eltern, mit der Schaffung einer gesundheitsfördernden Umgebung und mit Qualitätsstandards für die Verpflegung in Kindergärten und Schulen. Was kann die Politik tun,

um Eltern und alle wichtigen Akteure zu unterstützen? Zur Diskussion dieser und anderer Fragen lädt die CDU/CSU-Fraktion zum Gespräch mit Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Medizin ein. Und die gibt es auch im Wahlkreis! Termin ist am Mittwoch, 6. Juli 2016, 15 bis 17.30 Uhr im Reichstagsgebäude in Berlin. Interessierte können sich an meine Mitarbeiter in den Büros (s.u.) wenden. Wir helfen gerne bei der Organisation.

Unterwegs:

- 16.06.2016 — Gespräch mit Schülern der Klasse 9a der Oberschule Berne
- 19.06.2016 — Zweites Wardenburger Straßenfrühstück
- 19.06.2016 — Besuch des Tanzturniers beim TV Jahn in Delmenhorst



Astrid Grotelüschchen MdB

Berliner Büro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
E-Mail: astrid.grotelueschen@bundestag.de
Tel.: +49 30 227-74607
Fax: +49 30 227-76608

Bürgerbüro

Zwischenbrücken 5b
27793 Wildeshausen
E-Mail: astrid.grotelueschen.ma07@bundestag.de
Tel.: +49 4431 9554526
Fax: +49 4431 9554527

Bürgerbüro

Lange Straße 62
27804 Berne
E-Mail: astrid.grotelueschen.ma06@bundestag.de
Tel.: +49 4406 9729966
Fax: +49 4406 9729969